

***Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen***

***Gemeinsame Vertretung von Muslimen in Bremen***

40 Jahre Einwanderung hat die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung Bremens stark verändert und dazu geführt, dass der Islam, neben den beiden christlichen Konfessionen und der Jüdischen Gemeinde, einen festen Platz in der Bevölkerung Bremens und Bremerhavens hat. Eine Diskussion über das Verhältnis zwischen Staat, Mehrheitsgesellschaft und Muslimen wird erschwert durch eine Vielfalt verschiedener muslimischer Organisationen und Glaubensausrichtungen des Islams. Verbindliche Ansprechpartner, wie es sie bei den christlichen Kirchen oder der jüdischen Gemeinde gibt, gibt es im Lande Bremen auf Seiten der Muslime im Gegensatz zu einigen anderen Bundesländern noch nicht.

Wir fragen den Senat:

1. Welche Bedeutung hat für den Senat das bisherige Fehlen von einheitlichen verbindlichen und demokratisch legitimierten Ansprechpartnern für den offiziellen Dialog mit den Muslimen im Lande Bremen?
2. Wie bewertet der Senat das in den letzten Jahren etablierte „Schura-Modell“, einen Rat der islamischen Gemeinschaften (z. B. der Länder Hamburg und Niedersachsen), das eine verbindliche Zusammenarbeit aller im Bundesland ansässigen islamischer Vereinigungen durch legitimierte Vertreter ermöglicht?
3. Welche Möglichkeiten der Begleitung sieht der Senat auch in Bremen, um die islamischen Gemeinschaften darin zu unterstützen, einen Rat der islamischen Verbände (Schura) zu gründen?
4. Welche weiteren Schritte sind nach Meinung des Senats nötig, um eine auch offiziell verbindliche Kommunikation und Kooperation zu erreichen und gleichzeitig legitimierte und transparentere Strukturen für die politische Zusammenarbeit zu gewährleisten?

Dr. Matthias Güldner,  
Karoline Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen